



Visits 25'470'578 nzz.ch  
Wert 36'400 CHF Schweiz (deutsch)  
Tageszeitung (überregional)

[Artikel im Web](#)

David Vonplon

---

## Sechs Gaskraftwerke, längere AKW-Laufzeiten: So wollen EU-Kritiker den Blackout verhindern

Nach dem Ende des Rahmenabkommens soll der Bundesrat mit der EU auf ein Interimsabkommen über Strom hinarbeiten, fordert die Gruppierung Kompass Europa. Auch müssten schnellstmöglich Gaskraftwerke zugebaut werden.

David Vonplon 10.09.2021, 18.04 Uhr

Mit einer Verlängerung der Betriebsdauer soll in einer Übergangszeit die Stromversorgung abgesichert werden.

Benjamin Manser

In der Schweiz droht der Strom knapp zu werden. Die Elektrifizierung von Verkehrs- und Wärmeversorgung führt zu einem höheren Strombedarf, zugleich kommt der Ausbau der erneuerbaren Energien nur schleppend voran. Weil auch die heimische Kernkraft geschwächt wird, ist die Schweiz vor allem im Winter in zunehmendem Masse von ausländischem Strom abhängig. Die Energiestrategie 2050 mutiert so de facto zu einer Stromimport-Strategie.

Als Brandbeschleuniger erweist sich in dieser Situation der Entscheid des Bundesrats, das institutionelle Rahmenabkommen mit der EU nicht zu unterzeichnen. Weil damit auch das angestrebte Stromabkommen blockiert wird, muss sich die Schweiz im europäischen Strommarkt über weite Strecken mit der Zuschauerrolle begnügen. Die Folge sind etwa ungeplante Stromflüsse durch die Schweiz. Immer wieder muss deshalb die Netzgesellschaft Swissgrid eingreifen, um das Netz stabil zu halten - und dabei gerade im Winter auf wertvolle Wasserreserven zurückgreifen, die dann für die Versorgung fehlen.

Im Zuge neuer Regulierungen der EU dürften die Herausforderungen für die Netzsicherheit in den nächsten Jahren noch einmal deutlich grösser werden - und die Importfähigkeit der Schweiz weiter geschwächt werden.

Interimsabkommen für Strom gefordert

Die Allianz Kompass Europa, eine vom Finanzmanager Fredy Gantner mitbegründete Gruppierung, hat selbst tatkräftig mitgeholfen, den EU-Rahmenvertrag zu Fall zu bringen. Das hält sie aber nicht davon ab, in den wachsenden Chor der Strom-Warner einzustimmen. Die Schweiz befinde sich gegenwärtig an einem Scheideweg, heisst es in einem am Freitag publizierten Diskussionspapier der eigenen Task-Force Elektrizität, die vom früheren Alpiq-Chef Hans Schweickardt geleitet wird. Das Risiko für schwere Störfälle oder Blackouts in der Schweiz oder im nahen Ausland steige an. Es brauche jetzt ein gemeinschaftliches, entschlossenes Handeln. Sonst drohten «schwerwiegende Konsequenzen».

Die Expertengruppe von Kompass Europa präsentiert auch konkrete Lösungsvorschläge, wie sich die Schweiz aus der misslichen Lage befreien kann. So müsse die Landesregierung nun auf ein Interimsabkommen über Strom hinarbeiten. Dieses soll eine Übergangslösung auf der Basis eines technischen Stromabkommens darstellen und die sektorielle Zusammenarbeit mit der EU auf eine stabile - wenn auch provisorische - Basis stellen.

Auch wenn es bis jetzt keinerlei Signale gibt, dass Brüssel für ein solches Abkommen Hand bietet, sind die Chancen dafür laut Schweickardt intakt. Die Schweiz müsse jedoch aufzeigen, dass sie Mehrwerte in einen europäischen Strombinnenmarkt einbringen könne und eine gute Lösung im Stromdossier für beide Seiten von grösstem Interesse sei. Ebenso müssten die privatwirtschaftlichen Verträge zwischen den Netzbetreibern, die bereits in Verhandlung seien, mit einem grösseren politischen Nachdruck versehen werden.

Um eine nachhaltige Steigerung des Selbstversorgungsgrads zu erreichen, empfiehlt die Task-Force, dass die Betriebsdauer der Kernkraftwerke verlängert wird. Der Vorschlag von Kompass Europa ist allerdings nicht ganz neu: Gemäss einem Bericht der «NZZ am Sonntag» hat das Bundesamt für Energie bereits Gespräche mit den Betreibern von Kernkraftwerken über eine mögliche Verlängerung der Betriebsdauer auf 60 Jahre aufgenommen. Bisher gehen die Behörden von einer Laufzeit von 50 Jahren für die verbliebenen vier Reaktoren aus.

Der Bau neuer Kernkraftwerke hält Schweickardt nicht für eine realistische Option: «Es geht allein darum, in einer Übergangszeit die Stromversorgung abzusichern. Das ändert aber nichts daran, dass die Kernkraft ein Auslaufmodell ist.»

Um einer Unterversorgung von Strom vorzubeugen, reichen die Massnahmen laut der Expertengruppe nicht. In der Schweiz habe man lange geglaubt, dass die Energiewende mit dem Zubau von Wind- und Solarenergie allein zu schaffen sei. Mittlerweile zeige sich jedoch, dass der Bau von Gaskraftwerken unausweichlich sei, sagte Schweickardt. Diese könnten einen wesentlichen Beitrag zur Versorgungssicherheit leisten, insbesondere im Winter, wenn die Flüsse wenig Wasser führten und die Stauseen leer seien.

#### Ohne Gaskraftwerke geht es nicht

Kompass Europa hat bei Gantners Partners Group eine Studie in Auftrag gegeben, die analysiert, unter welchen Voraussetzungen Gaskraftwerke in der Schweiz wirtschaftlich und umweltverträglich betrieben werden könnten. Als Standorte für solche Gaskraftwerke eignet sich laut den Autoren das Areal des stillgelegten Kernkraftwerks Mühleberg ebenso wie die AKW-Standorte Gösgen und Leibstadt. Dabei wären laut der Studie aus netztechnischer Sicht eher sechs anstelle von drei Standorten zu bevorzugen, die jeweils eine Leistung von unter 1 Gigawatt aufwiesen.

Um Investoren für solche Anlagen zu finden, müssten die Betreiber der Gaskraftwerke für die geschaffenen Reservekapazitäten entschädigt werden, die durch den Endverbraucher berappt werden müssten. Gemäss der Studie wären für den Ausbau von 3 Gigawatt bei einer Laufzeit von 15 Jahren etwa 6 Milliarden Franken solcher Zahlungen erforderlich. Für den Endkonsumenten würden damit jährliche Preiserhöhungen von 0,7 Rappen pro Kilowattstunde anfallen. Verglichen mit dem Risiko, das ohne die zusätzlichen Reservekapazitäten bestünde, sei dies ein akzeptabler Preis.

Ein einigermaßen nachhaltiger Betrieb der Kombikraftwerke wäre gemäss der Studie möglich. Auch ohne Kompensation entspräche der CO<sub>2</sub>-Fussabdruck der Schweizer Stromproduktion damit ungefähr jenem der Nachbarländer. Würde das CO<sub>2</sub> zusätzlich an der Anlage durch eine Filterung abgeschieden, könnte der CO<sub>2</sub>-Ausstoss derweil um mindestens 80 Prozent vermindert werden. Damit wiese der Schweizer Strom eine bessere CO<sub>2</sub>-Intensität auf, als wenn die Schweiz stattdessen auf ausländischen Importstrom setzte. Letzterer stammt teilweise aus fossilen Quellen wie Kohle oder Öl und ist daher weit weniger klimafreundlich als der heimische.

Angesichts der Dringlichkeit der Lage empfiehlt Kompass Europa, dass solche Gaskraftwerke bereits in fünf bis sieben Jahren in Betrieb gehen. Aus technischer Sicht wäre dies wohl möglich: Die Bauzeit für solche Anlagen beträgt bloss zwei bis drei Jahre. Viel schwieriger und langwieriger dürfte es allerdings sein, die Schweizer Bevölkerung von der Notwendigkeit solcher Anlagen zu überzeugen.